

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss		
<u>Bericht / Mitteilung</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
17.06.2015	Sozialausschuss		K		

Berichtsgegenstand

Sachstandsbericht Flüchtlingswesen

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

Sachdarstellung

1. Aktuelle Flüchtlingszahlen aus Oberhausen

Zum 01.06.2015 sind im Stadtgebiet 1.201 Flüchtlinge im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu versorgen.

Sammelunterkünfte (Stand 21. Kalenderwoche):

Weierstr.....	330	(davon Haus A: 119 Personen; Haus B: 23 Personen)
Bahnstr.....	329	
Gabelstr.....	75	
Helmholzstr.....	21	
<u>Tackenberggrundschule.....</u>	<u>52</u>	(Notstandort)
Summe.....	807	

<u>Privater Wohnraum:.....</u>	394	(einschließlich Monteurwohnungen und Obdachlosenwohnungen)
--------------------------------	----------	--

(Hinweis: (kleine Abweichungen zur Gesamtsumme ergeben sich durch unterschiedliche Stichtage der AKD- und der Belegungsstatistik)

Aufgrund der Belegungssituation in den Sammelunterkünften ist nach wie vor neben dem Rückgriff auf den Notstandort Tackenberggrundschule auch die Nutzung von Obdachlosenwohnungen an der Wewelstr. (14 Personen) und die Unterbringung in Monteurwohnungen (23 Personen) erforderlich.

2. Prognose 2015

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat am 18.02.2015 die bundesweite Entwicklung über die voraussichtlichen Zugänge von Asylbegehrenden mit 250.000 Erst- und 50.000 Folgeantragstellern prognostiziert.

Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung die sich aus dem Verteilungsschlüssel ergebenden Auswirkungen für die Stadt Oberhausen ermittelt, wonach von 750 Zuweisungen auszugehen war, was nach Abzug von Rückkehrern und Vermittlungen in privaten Wohnraum für die Gemeinschaftsunterkünfte einen zusätzlichen Bedarf von 450 Plätzen zur Folge hatte.

Am 07.05.2015 hat das BAMF seine Erwartungshaltung aufgrund folgender Gesichtspunkte angepasst:

1. Unerwarteter zusätzlicher Migrationsdruck aus den Westbalkanstaaten
2. Verstärkte Nutzung der Mittelmeerrouten
3. Weiterhin hohe Anreizfaktoren (Sozialleistungen, Fachkräftemangel, Rückführungspraxis) in Deutschland

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse geht das BAMF nunmehr von einem Zugang von **geschätzten 400.000 Erst- und 50.000 Folgeantragstellern für das Jahr 2015** aus.

Für Oberhausen hat die neue Einschätzung des BAMF weitere 350 Zuweisungen zur Folge. Im Ergebnis ist daher mit **insgesamt ca. 1.100 Zuweisungen für Oberhausen im Jahr**

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

2015 zu rechnen. Aus dem bisherigen Bedarf von 450 zusätzlichen Plätzen in Gemeinschaftsunterkünften wird in der Addition ein Bedarf von 800 Plätzen.

Fazit:

Es ist nicht auszuschließen, dass das BAMF die Prognose für 2015 nochmals korrigiert. In Fachkreisen werden Szenarien von 550.000 bis 600.000 Asylanträge diskutiert und für möglich erachtet.

In Oberhausen hat zunächst die aktuelle Prognose des BAMF für die Planungen Gültigkeit, allerdings ohne den Blick auf weitere Entwicklungen zu vernachlässigen.

Insofern ist es dringend geboten, dass über die Entwicklung der ausgewählten Standorte hinaus weitere Überlegungen getroffen werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2016 mit ähnlichen Entwicklungen hinsichtlich der Zuweisungen zu rechnen ist. Die Fachverwaltung rechnet danach für 2016 mit mindestens 1.100 weiteren Flüchtlingen. Die Entwicklung neuer Standorte und die Forcierung der Unterbringung in privatem Wohnraum haben höchste Priorität.

3. Standortentwicklung:

Nach den bisherigen Planungen soll der Bedarf in den Gemeinschaftsunterkünften so wie folgt gedeckt werden:

Duisburger Str.....100 Plätze
 Ruhrorter Str.....100 Plätze
 Kapellenstr.....100 Plätze
 Sperberstr..... 100 Plätze
 Gabelstr. (Erweiterung)...50 Plätze

Am 24., 25. und 26. März 2015 hat die Verwaltung hierzu Bürgerinformationsveranstaltungen durchgeführt.

Die Diskussionen und Wortbeiträge innerhalb der Informationsveranstaltungen waren thematisch unterschiedlich gewichtet. Die sachgerechte Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge stand insbesondere bei der Informationsveranstaltung zur Gabelstr. im Vordergrund. Andernorts gewannen Fragen zur Bodenbeschaffenheit, Errichtungskosten, Tauglichkeit des ausgewählten Standortes und Sicherheit für das Umfeld besondere Aufmerksamkeit. Diese Anregungen und die Kritik der Bürgerinnen und Bürger fließen in den weiteren Planungsprozess ein.

Im Planungsprozess ist die Grundlagenermittlung erfolgt. Ein vereinfachtes Baurecht lässt die Bebauung an allen Standorten grundsätzlich zu. Baugrunduntersuchungen wurden beauftragt. Die Kostenschätzung ist im Wesentlichen von der Baugrunduntersuchung abhängig. Nach Vorlage und Prüfung der Gutachten erfolgt die Erstellung der Baugenehmigungsunterlagen und deren Einreichung bei der Bauordnung. Ab Beauftragung des Unternehmers erfolgt die Fertigstellung innerhalb von ca. 3 Monaten.

Weiter fortgeschritten ist die Planung für die Gabelstr. Das 3. Gebäude zur Erweiterung des Standortes mit 50 Plätzen wird voraussichtlich Mitte Juli 2015 fertig gestellt.

Sobald die Planungen für die neuen Standorte dezidiert vorliegen, werden die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise über den Sachstand informiert.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

Weitere Standortüberlegungen sind aufgrund der vorangegangenen Ausführungen zur Prognose 2015 und Erwartungen in 2016 erforderlich. Hierzu erfolgt nach der Sommerpause weitere Information.

4. Unterbringung in privatem Wohnraum

Es ist in Oberhausen gemeinschaftliches Ziel, möglichst viele Flüchtlinge mit privatem Wohnraum zu versorgen.

Damit die Vermittlung gesteigert werden kann, wurden Maßnahmen ergriffen:

1. Die Kirchen und Verbände wurden um Unterstützung gebeten, Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen (04.09.2014).
2. Die großen Wohnungsbauträger der Stadt wurden mit Unterstützung des Oberbürgermeisters gebeten, Möglichkeiten der Wohnraumgestaltung zu prüfen (18.02.2015).
3. Die Stadt tritt im Bedarfsfall anstelle der Flüchtlinge als Mieter auf, um bei Vermietern eine höhere Bereitschaft zu erwirken, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
4. Die OGM unterstützt bei der aktiven Wohnraumakquise durch gezielte Auswertung von Wohnungsinseraten, Ansprache potentieller Vermieter und Schaltung eines Wohnungsgesuchs in der örtlichen Presse (seit März 2015).
5. Die Verwaltung prüft den Ankauf von privaten Objekten.

Zwischenbilanz:

159 Personen konnten seit dem 01.01.2015 in insgesamt 83 Wohnungen vermittelt werden. Weitere 23 Personen befinden sich in den Monteurwohnungen.

Die OGM, die die Verwaltung bei der aktiven Wohnungsakquise unterstützt, hat im Namen und im Auftrag der Stadt Oberhausen seit Mitte März 34 Wohnungen angemietet, die bereits zum Teil belegt werden konnten bzw. zur Belegung anstehen. 15 weitere Objekte befinden sich in der Phase „Anbahnung“ von Mietverhältnissen.

Die Ansprache potentieller Vermieter erfolgt oft ohne das erhoffte Ergebnis. So liegen inzwischen über 90 Absagen vor, die mit folgenden Inhalten begründet wurden:

- Wollen keinen ständigen Mieterwechsel haben
- Befürchten Überbelegung
- Bedenken wegen Sprachproblemen
- Rechnen mit Ärger im Haus wegen anderer Mieter
- Wollen ihren anderen Mietern keine Flüchtlinge zumuten
- Haben Bedenken, dass nicht ordentlich gewohnt wird

Daneben haben zahlreiche Vermieter nicht zurückgerufen oder konnten unter der angegebenen Kontaktinformation nicht erreicht werden.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

So sind in der Zeit vom 20.04.15 bis 20.05.15 insgesamt 172 Kontaktversuche unternommen worden, wovon 13 Kontakte zu einer Zusage führten (7,6%).

5. Betreuung der Flüchtlinge

Wie bereits in den vorhergehenden Sitzungen des Ausschusses dargestellt, hat das Team Sozialarbeit mit 5,5 Fachkräften im April 2015 die Arbeit aufgenommen. Die Koordination der Aktivitäten der Kirchen, Vereine und Verbände wurden z. B. von den Mitarbeitern übernommen. Die Übersichten in den Anlagen zeigen, welche Angebote an welchem Standort vorgehalten werden.

Die Angebote werden kontinuierlich fortgeschrieben und werden unter www.fluechtlingshilfe-oberhausen.de veröffentlicht.

6. Finanzielle Rahmenbedingungen im Flüchtlingswesen

Die Landesregierung hatte Mitte April 2015 über die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Essener Flüchtlingsgipfel informiert. Hieraus haben sich Fragestellungen ergeben, die an die Verwaltung gerichtet wurden und sich mit den jeweiligen Auswirkungen in Oberhausen befassen. Die Fragen und deren Beantwortung sind zur Information des Ausschusses in der Anlage 2 dieser Vorlage beigelegt.

Inzwischen hat sich zu Frage 7 (*Beratung und Unterstützung von Gewalt traumatisierter Flüchtlingsfrauen*) ergeben, dass die Frauenberatungsstelle beim Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW einen Förderantrag gestellt hat.

Übersicht „finanzielle Rahmenbedingungen“
Maßnahmen aus dem Essener Flüchtlingsgipfel

	Bezeichnung	Finanzmittel / Förderung	Bemerkung
a	Landesanweisung 2015 nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	2.017.616 EUR	Enthält die Aufstockung um 40 Mio. EURO aus dem Essener Flüchtlingsgipfel
b	Pauschale Sonderzahlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2015	353.049 EUR	
c	Entlastungsmittel des Bundes 2015	595.212 EUR	„Flüchtlingsmittel.de“
d	Härtefallfond	3.000.000 EUR im Landeshaushalt	Inanspruchnahme bei Krankheitskosten von über 70.000 EUR im Einzelfall
e	Beratungsstelle für Flüchtlinge	2 x ½ Stelle	Antrag der Arbeiter-wohlfahrt und des Caritasverbandes bewilligt
f	Heranführung von Flüchtlingskindern und Familien an KiTa-Besuch durch niederschwellige	6.000.000 EUR im Landeshaushalt	Antragsmodalitäten liegen vor. Infoveranstaltung an freie Träger der Jugendhilfe ist über Bereich 3-1 erfolgt

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0931-01	Termin 17.06.2015	Sozialausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

	Angeboten		
g	300 zusätzliche Lehrerstellen für Schulbesuch der Flüchtlingskinder	7 Stellen in Oberhausen	
h	Unterstützung von Flüchtlingskindern und Kindern in vergleichbaren Lebenslagen in offenen Ganztag	20.139 EUR	Bezirksregierung Düsseldorf
i	10 zusätzliche Stellen für kommunale Integrationszentren zur Beratung von Kindern und Flüchtlings		KI Oberhausen wurde bei Vergabe nicht berücksichtigt
j	1 Stelle Schulsozialarbeit im KI	1 Stelle (kommunal)	Erstberatungsgespräche für Kinder und Jugendliche sowie Begleitung in sozialen und behördlichen Angelegenheiten
k	Förderprogramm „Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit“	18.000 EUR	Antrag über KI bewilligt. Das KI kooperiert hierbei mit Verbänden und Initiationen
l	Beratung und Unterstützung von Gewalt traumatisierter Kinder	900.000 EUR im Landeshaushalt	Frauenberatungsstelle hat Förderantrag gestellt.

Anlage 1: Angebote an Standorten

Anlage 2: Finanzielle Rahmenbedingungen im Flüchtlingswesen

Lebenslauf

(Beratungsverlauf der Vorlage M/16/0931-01 mit Realisierungsvermerk)

Beschlüsse:

17.06.2015
SI/16/0366

Sozialausschuss
6. Sitzung des Sozialausschusses